

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 26./27./28.02.2020

#aktuell debattiert

Thüringen und die Folgen der Demokratie

Auf Antrag der SPD-Fraktion debattierte der Landtag über die Bewahrung des Konsenses der Demokrat*innen und Demokraten und die parlamentarische Demokratie in Deutschland nach der gescheiterten Regierungsbildung in Thüringen. Der *Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann* unterstrich in seiner Rede: „In Erfurt waren politische Abenteurer am Werk, denen es wichtiger war, einen erfolgreichen und beliebten linken Ministerpräsidenten zu stürzen als sich Gedanken über das Land und seine Menschen zu machen.“ Und er kritisierte weiter: „Weder in Erfurt noch hier in Magdeburg ist die CDU in ihrer derzeitigen Verfassung ein verlässlicher Partner für die demokratischen Parteien. Eine taumelnde CDU mit einem ungeklärten Verhältnis zur extremen Rechten wird immer mehr zum Risiko für die Demokratie.“ Und er spitzte es zu: „Wer mit Faschisten paktiert, vergeht sich an der Demokratie.“

#Parlamentsreform

Gesetz zur Parlamentsreform 2020 verabschiedet

Ende Januar wurde auf der Plenarsitzung die Parlamentsreform eingebracht. Der Landtagsticker berichtete. Auf der aktuellen Landtagssitzung wurde dieses Gesetzespaket nun mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE verabschiedet.

Der *parlamentarische Geschäftsführer Stefan Gebhardt* sagte in der Debatte dazu: „Wir wollten immer mehr Transparenz in der Landespolitik. Diese bekommen wir und das ist ein Erfolg.“ Ein weiterer Bestandteil der Reform ist eine Stärkung der direkten Demokratie mit der Senkung des Quorums von 9 auf 7 Prozent. „Klimaschutz, das Diskriminierungsverbot und der Kampf gegen den Rassismus und Antisemitismus bekommen Verfassungsrang. Letzteres ist nach Halle und Hanau wichtiger denn je, denn hier geht es um die Demokratie“, so Stefan Gebhardt weiter. Mit Artikel 37a – der Antifaklausel – bekommt der Antifaschismus übrigens erstmals in einem deutschen Bundesland Verfassungsrang.

#Gedenken

Tag der Befreiung als Gedenk- und Feiertag

Die Fraktion DIE LINKE hat beantragt, den 8. Mai als Tag der Befreiung zum bundesweiten Feiertag zu erklären. Entsprechend wird die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene in geeigneter Weise dafür einzusetzen. Der 8. Mai 1945 markiert mit dem Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutsche Reich und der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht das Ende des Zweiten Weltkriegs. Der militärische Sieg über Deutschland war die notwendige Voraussetzung, um die Verbrechen der Wehrmacht und den industriellen Massenmord der Deutschen an den europäischen Jüdinnen und Juden, an den Sinti und Roma, Behinderten, Kranken, Homosexuellen, Zeugen Jehovas, den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, den verschleppten Slawinnen und Slawen, den politischen Gefangenen, jenen die sich in den Widerstand begeben hatten und allen, welche in der nationalsozialistischen Ideologie zu Feinden erklärt wurden zu beenden. Der 8. Mai soll daher in der Öffentlichkeit als „Tag der Befreiung“ vom Nationalsozialismus mit einem Gedenk- bzw. Feiertag verankert werden. Die *innenpolitische Sprecherin Henriette Quade* sagte: „Sprechen wir heute über das Ende des Zweiten Weltkriegs, müssen wir über auch über seinen Beginn sprechen: über den 1. September 1939, den Überfall

der Wehrmacht auf Polen. Dem Überfall voraus ging der von den Deutschen fingierte angebliche Angriff polnischer Widerstandskämpfer auf den Sender Gleiwitz, durchgeführt von Angehörigen der SS am 31. August 1939.“ „Den Krieg zu beginnen war ein Verbrechen, die Gründe waren verbrecherisch, die Taten der Wehrmacht waren Verbrechen. Sie waren keine Exzesse von Soldaten, die außer Kontrolle geraten waren, sondern geplante Brutalität und Vernichtung, sie waren vorgegeben in den Befehlen der militärischen Führung, sie waren die planvolle Umsetzung nationalsozialistischer Ideologie“, hob sie hervor. „Nun steht der 75. Jahrestag der Befreiung an, und der 8. Mai ist nach wie vor kein bundesweiter Feiertag — ausgerechnet dieses historische Datum, ausgerechnet dieser Tag in der deutschen Geschichte, an dem es etwas zu feiern gibt.“

Henriette Quade betonte: „Weder der Antisemitismus noch der völkische Nationalismus und der Faschismus sind verschwunden.“ Der Antrag wurde zur Ausschussberatung überwiesen.

#Gesundheit

Krankenhauslandschaft und zahnärztliche Mangelversorgung auf dem Land

Mit zwei Anträgen widmete sich die Fraktion DIE LINKE der Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt.

Der Landtag solle sich dafür aussprechen, dass das Ziel der Gesundheitspolitik des Landes eine bedarfsgerechte, flächendeckende und umfassende Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten und stationären Angeboten sein müsse. Der *für die Region zuständige Abgeordnete Wulf Gallert* sagte: „Um es gleich vorweg zu nehmen, der Ihnen vorliegende Antrag ist wesentlich dadurch motiviert, dass eine Schließung des Krankenhausstandortes Havelberg droht. Deswegen stehe auch ich heute hier und nicht meine Fraktionskolleg*innen aus dem Sozialausschuss und der Enquetekommission. Allerdings zeigt die Diskussion um den Krankenhausstandort Havelberg, dass es hier um ganz grundsätzliche Fragen geht, die das Angebot der stationären Versorgung im Land Sachsen-Anhalt betreffen.“ Er führte weiter aus: „Erstens, ein Krankenhaus ist nicht dazu da, um sich zu lohnen. Ein Krankenhaus ist für die stationäre Versorgung vor Ort da. Zweitens, die Entscheidungsgewalt über Krankenhäuser und deren Besitz haben in öffentlicher, dort wurde gesagt staatlicher, Hand zu liegen und nicht bei privaten Konzernen. Drittens, das System getrennter Krankenversicherungen für verschiedene Personengruppen und die Vielzahl von Krankenkassen stößt auf Ablehnung.“ Schließlich gehe hier sehr reale, unmittelbar das Leben von Menschen im ländlichen Bereich betreffende Sorgen, für die wir als Haushalts- und Gesetzgeber Verantwortung übernehmen müssen. Dabei kritisierte Wulf Gallert die fehlenden Investitionen in der Vergangenheit, die die Ursache für fehlende Liquidität heute in den Krankenhäusern sind.

Der *hochschulpolitische Sprecher Hendrik Lange* begann seinen Debattenbeitrag mit einem Verweis auf die verabschiedete Parlamentsreform: „Wir haben heute die Parlamentsreform beschlossen und da war uns die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse besonders wichtig. Dazu gehört auch die zahnärztliche Versorgung. Es besteht also dringender Handlungsbedarf – und zwar jetzt!“ Bei den Allgemeinmediziner*innen ist das Problem bereits virulent, doch auch im Bereich der Zahnmedizin droht Sachsen-Anhalt - insbesondere im ländlichen Raum - eine Unterversorgung. In den nächsten zehn Jahren erreiche die Hälfte der Zahnmediziner*innen das Rentenalter. Diesen Zahlen stehen jedes Jahr 40 Studienanfänger*innen an der Martin-Luther-Universität Halle gegenüber. Die Fraktion DIE LINKE ist der Ansicht, dass mit den derzeitigen Studienanfänger*innenzahlen der Bedarf an Zahnärzt*innen und Kieferorthopäd*innen im Land nicht gedeckt werden kann. Daher hält sie eine Studienplatzerhöhung für unumgänglich und fordert die Landesregierung mit dem Antrag auf, in einem ersten Schritt ab dem Wintersemester 2021/22 20 zusätzliche Studienplätze im Fach Zahnmedizin einzurichten und durch das Land zu finanzieren.

#Links wirkt

Zwei Anträge der Fraktion DIE LINKE zum Glyphosatausstieg und den Folgen der Dürre in der Landwirtschaft des Landes wurden nach langen Beratungen in den Ausschüssen abschließend im Plenum debattiert. In den dazu vorgelegten Beschlussempfehlungen wurden, wenn auch nicht so scharf wie von uns formuliert, Empfehlungen und Aufträge an die Landesregierung erteilt. Gerade bei den Dürrefolgen wurden inzwischen bereits Maßnahmen umgesetzt, die wir in unserem Antrag gefordert hatten. So erklärte die *agrarpolitische Sprecherin Kerstin Eisenreich*, dass die finanziellen Hilfen von Bund und Land sowie weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Liquiditätslage der von der Dürre betroffenen Landwirtschaftsbetriebe zu begrüßen seien. Dies gelte auch für die Nutzung von sogenannten ökologischen Vorrangflächen zur Gewinnung von Futter in der Tierhaltung. Gleichzeitig verwies sie aber auch darauf, dass die Landwirtschaft langfristig krisenfest zu machen sei und zudem ihren Beitrag zu Umwelt-, Klimaschutz und Artenvielfalt leisten müsse. „Dazu bedarf es einer landeseigenen Klimaanpassungsstrategie für die Landwirtschaft unter noch stärkerer Einbeziehung der Wissenschaft mit praxistauglichen Maßnahmen und Kompromissbereitschaft“, so Eisenreich. Und letztendlich brauchten die Landwirtinnen und Landwirte Ansehen und Respekt sowie Vergütungen, die ihnen die Kosten der Erzeugung decken. Bei der Reduzierung des Glyphosateinsatzes blieb die Beschlussempfehlung aus unserer Sicht sehr allgemein. Angesichts des in zwei Jahren eintretenden Verbots hätte es weit mehr konkreter Schritte vor allem zur intensiven Erforschung von Alternativen bedurft.

#Friedenspolitik

Verurteilung der völkerrechtswidrigen militärischen Invasion in Syrien

Laut Medienberichten planen die Streitkräfte der USA unter Beteiligung anderer NATO-Staaten und der Bundeswehr für das Jahr 2020 ein gigantisches Militärmanöver mit der Bezeichnung „DEFENDER 2020“ (DEF 20) in Europa. Im Zuge dessen sollen 37.000 Soldaten über Deutschland nach Polen und ins Baltikum an die russische Grenze geführt werden. Laut US-Militär handelt es sich um die umfangreichste Truppenverlegung nach Europa in den vergangenen 25 Jahren. Deutschland soll die logistische „Drehscheibe“ des Manövers werden. Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE stellt dieses Manöver eine ungeheure Provokation in einer ohnehin schon angespannten Sicherheitslage in Europa dar. Der *Sprecher für Europapolitik und Internationale Zusammenarbeit Wulf Gallert* kritisierte in seiner Rede außerdem, dass das Manöver außerdem teuer, umweltschädlich sei und vertrauensbildende Maßnahmen im osteuropäischen Raum verhindere. Mit dem Antrag wird die Landesregierung daher aufgefordert, sich mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für eine friedenssichernde Politik einzusetzen und in diesem Sinne dafür Sorge zu tragen, dass die fortgesetzte Nutzung des Territoriums des Landes Sachsen-Anhalt als Aufmarsch- und Übungsgebiet von NATO-Streitkräften gegen Russland in Achtung des „2-plus-4-Vertrages“ und die geplante Einbeziehung des Truppenübungsplatzes Burg als „Supportzentrum“ im Rahmen des militärischen Großmanövers „DEFENDER 2020 (DEF 20)“ unter Beteiligung von Streitkräften der USA und anderer NATO-Staaten wirksam unterbunden wird.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 5. März 2020

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im Februar 2020 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.